Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 2 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 3 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teile 4 Goldpfg., im Reklameteile 5 Goldpfg. (einschl. Umsatzsteuer). Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 87. **Mittwoch, den 31. Oktober 1923.** **26. Jahrg.**

Chronik des Tages.

— Die sächsische Landesregierung hat es abgelehnt, der Aufforderung der Reichsregierung, sofort zurückzutreten, zu entsprechen.

— Die Reichsregierung hat den früheren Reichsjustizminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

— Der Zusammentritt des sächsischen Landtages ist von dem Militärbefehlshaber verboten worden.

— Die Reichsregierung hat an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wiederherzustellen.

— Poincaré lehnt jede internationale Reparationserörterung ab.

— **Amtlicher Berliner Dollarkurs vom 29. Oktober: 64 838 000 000 Gold, 65 162 000 000 Brief.**

Ein Sonnenblick.

Am letzten Oktobersonntag hat es der Herbst gut gemeint gehabt, die Sonne schaute vom Himmel herab, leuchtend und lachend, als wollte sie sagen: „Seid nicht so trüben Sinnes, ihr Menschenkinder, seht, ich meine es gut mit euch!" Aber dieser Sonnenblick vom blauen Himmel zeigte auch trübe Bilder, ohne daß ein Wolkenschatten heraufgezogen wäre. Es fehlte nicht an Menschen, alt und jung, darunter hier und da auch barfüßige Jungen und Mädchen, die mit Handwagen, Körben, Taschen durchs Land gingen und um Brot und Kartoffeln baten. Blasse Gesichter und verlangende Augen schauten in die Türen und Fenster und ausgestreckte Hände heischten eine freundliche Gabe. Mancher, dem das Geben nicht leicht wurde, weil bei ihm selbst Mangel herrschte, hat nach Kräften gespendet, und die Sonne schien dazu zu sagen: „Freundliche Geber hat Gott lieb!" Ob es jetzt im November noch länger so anhalten wird, wissen wir nicht, aber wer eine solche Erinnerung mit in die Zukunft nehmen kann, dem bleibt sie als ein Sonnenblick in dunklen Wochen. Die Novembertage stehen dicht vor uns, die mit Allerseelen und Allerheiligen beginnen und mit dem Anfang der Adventszeit schließen. Die fröhliche, seelige Weihnachtszeit wird bald von uns mit offenen Armen aufgenommen werden.

In dieser Woche gibt es bei uns schon etwas zu Weihnachten, die Rentenmark, die neue Währung, die auch in Rentenpfennigen zum Ausdruck kommt. Es muß ja nicht sein, daß der Weihnachtsmann allen Deutschen das neue Geld in die Hände schüttelt, es wird schon eine Freude sein, wenn wir alle die Folgen der Ausgabe der neuen Währung, den Abbau der Teuerung und die Verbilligung der Lebensmittel erkennen. Etwas Besseres kann uns nicht beschert werden. Die neue Mark wird der alten Papiermark stark zusetzen, und man erwartet ein schnelles Verschwinden der letzteren, es muß indessen abgewartet werden, in welchem Maßstabe Gold- und Rentenmark ihren Kampf mit der Inflationsmark zu Ende führen. Die Hauptsache bleibt, wie oben gesagt, daß es anders wird, daß wir freier aufatmen und uns des Lebens wieder freuen können. Das ist ein Sonnenblick für Deutschland!

Die sabotierte Konferenz.

Poincarés Antwort an Baldwin.

Der französische Ministerpräsident hat bei der Einweihung eines Denkmals in seiner Heimatgemeinde Sampigny eine seiner bekannten „politischen Sonntagsreden" gehalten, in der er sich — abgesehen von den üblichen Ausfällen gegen Deutschland — vornehmlich mit dem englischen Plan zu einer Einberufung einer internationalen Sachverständigenkonferenz unter Teilnahme der Vereinigten Staaten auseinandersetzte.

Bekanntlich hat der englische Premierminister Baldwin vor einigen Tagen die eindringliche Mahnung an Poincaré gerichtet, es sich reiflich zu überlegen, bevor er die englische Anregung zurückweise. Auch dieser gutgemeinte Appell war leider wieder einmal so gut wie umsonst. Der französische Ministerpräsident gibt sich zwar den Anschein, als ob er dem englischen Plan zustimmen möchte, in Wirklichkeit aber schiebt er durch allerhand Vorbehalte und Bedingungen der kommenden Sachverständigenberatungen schon jetzt Riegel auf Riegel vor. Vor allem hält er an dem Zahlungsplan von London fest, an jenen 132 Millionen Goldmark, die, wie er selbst ganz gut weiß, Deutschland niemals zahlen kann. Im übrigen ist Poincaré der Auffassung, daß

die Reparationskommission

die gegebene Instanz zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit sei. Der französische Ministerpräsident führte hierüber u. a. aus:

„Wenn es sich darum handelt, auf einem Umwege zu einer Verringerung der deutschen Schuld zu kommen, so ist das ein Weg, den wir unsererseits nicht begünstigen werden. Wenn es sich jedoch darum handelt, was Deutschland später oder in unmittelbarer Zukunft leisten könne, so ist in der Tat nichts wichtiger als eine solche Untersuchung. Aber gerade da ist die Reparationskommission damit betraut, von Zeit zu Zeit die deutsche Zahlungsfähigkeit, die mit den wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen Deutschlands wankt, zu prüfen. Es ist kein Grund vorhanden, der Reparationskommission eine ihrer wichtigeren Aufgaben wegzunehmen. Deutschland hat soeben mit der Kommission Fühlung genommen. Der Ausschuß wird zweifellos in kurzer Zeit die Vertreter des Reiches anhören. Man lasse ihn also arbeiten und seine Aufgaben erfüllen."

Poincaré geht sodann auf die englische Anregung einer internationalen Reparationskonferenz ein und erklärt, wenn England nicht daran denke, Frankreich das Ansinnen (!) zu stellen, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu gewähren und, wenn es lediglich den Wunsch habe, die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu erlangen, so falle es der französischen Regierung sehr leicht, sich über diese Idee zu verständigen. Ohne etwas unerhört Neues zu tun, stehe es der Reaprationskommission frei, den offiziösen Delegierten der Vereinigten Staaten um die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen zu bitten, die zusammen mit dem französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen und von Deutschland ein Programm für die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung sowie einen bestimmten Reparationsplan verlangen sollen. Und das alles im Rahmen des Friedensvertrages. Aber Frankreich könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetze, in dem Frankreichs Einfluß noch weiter eingeschränkt würde. Die Grenze der französischen Zugeständnisse sei erreicht.

Reichsexekution in Sachsen.

Ausschaltung der sächsischen Regierung.

Der Konflikt zwischen dem Reich und dem Freistaat Sachsen, der in den letzten Tagen zeitweise nahezu beigelegt zu sein schien, hat sich über Sonntag wieder erheblich verschärft. Amtlich wird darüber gemeldet:

Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufrufen an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Auflehnung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler am Sonnabend den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt.

Diese Aufforderung ist von Sachsen **mit der Begründung abgelehnt worden, ein politischer Anlaß dazu liege nicht vor, und rechtlich sei das Verlangen nach der Reichsverfassung unzulässig.** Nur der sächsische Landtag sei berechtigt, die Regierung Sachsens abzuberufen. Solange das nicht geschieht, will die sächsische Regierung auf ihrem Posten verharren; sie will aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Dr. Heinze Reichskommissar in Sachsen.

Sofort nach Eintreffen des ablehnenden Bescheides hat der Reichspräsident durch eine Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler hat auf Grund dieser Ermächtigung den früheren Reichsjustizminister Dr. Heinze, Mitglied der Deutschen Volkspartei, der vordem sächsischer Minister war, zum Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellt.

Gleichzeitig hat General Müller, der Militärbefehlshaber in Dresden, die für Dienstag einberufene Sitzung des sächsischen Landtages verboten. Die nächste Sitzung soll durch den neuen Reichskommissar anberaumt werden. Ferner sind sämtliche kommunistischen Zeitungen verboten worden. Dr. Heinze hat seine Tätigkeit in Dresden bereits aufgenommen. Eine Absetzung der sächsischen Landesregierung, zu welcher der Reichskanzler ebenfalls ermächtigt ist, wurde bisher noch nicht ausgesprochen. Zunächst ist die sächsische Regierung nominell noch im Besitz ihrer Aemter geblieben, jedoch ist die gesamte Staatsgewalt effektiv auf den Reichskommissar übergegangen.

Die Veranlassung zu der Reichsexekution.

Der letzte Grund und auch die unmittelbare Veranlassung des energischen Vorgehens der Reichsregierung war ein offizieller Aufruf des kommunistischen Landesvorstandes und der kommunistischen Landtagsfraktion vom letzten Freitag, in dem offen zum bewaffneten Widerstand gegen die Reichsgewalt aufgefordert wurde. Da die beiden kommunistischen Minister Mitglieder des kommunistischen Parteivorstandes sind, sind sie mit verantwortlich für den aufreizenden Aufruf. Auf Grund dieser Tatsache hat die Reichsregierung den Rücktritt des sächsischen Kabinetts gefordert und nach Ablehnung ihrer Forderung die Reichsexekutive in Sachsen angeordnet.

Die „Regierung" in Mainz.

Die Sonderbündler unter dem Schutze der französischen Bajonette.

Trotzdem es zweifelsfrei feststeht, daß die rheinische Bevölkerung fast ausschließlich dem landesverräterischen Treiben der Sonderbündler ablehnend gegenüberteht, suchen die Franzosen um jeden Preis ihren Schützlingen zum Siege zu verhelfen. In zahlreichen rheinischen Städten und Ortschaften sind die Sonderbündler unter dem Schutze der Besatzungstruppen in die Rathäuser und übrigen öffentlichen Gebäude, aus denen sie kurz zuvor von der Bevölkerung hinausgeworfen worden waren, wieder zurückgekehrt. So haben die Separatisten in Mainz mit Hilfe ihrer Gönner das Stadthaus besetzt.

Im Mainzer Schlosse soll die neue „Regierung" der „Rheinischen Republik" ihren Sitz haben. So berichtet das „Echo du Rhin", das gleichzeitig die „Ministerliste" veröffentlicht: Dorten und Matthes als „Bevollmächtigte", v. Metzen als „Außenminister", Dr. Wolterhoff als „Finanzminister", Liebig als „Innenminister", Kremers als „Kultusminister", Mülz als „Verkehrsminister", Kläber als „Justizminister", Simon als „Landwirtschaftsminister" und Guthardt als „Generalkommissar" für die belgische Zone.

Die Verordnungen des Spritschiebers.

In Aachen hat der ehemalige Spritschieber Dekkers die Frechheit so weit getrieben, „Aufrufe" an die Bevölkerung zu erlassen, in denen es etwa heißt:

„Wenn auch noch einige preußische Elemente die Regierungsgewalt zu besitzen vermeinen (!), der Gedanke, für den unsere Väter seit mehr als hundert Jahren gekämpft haben (!), ist verwirklicht worden. Das rheinische Volk muß sich nunmehr zusammenfinden und zum Wohle des neuen Staates mitarbeiten, damit Hunger und Durst der Bevölkerung gestillt werden und allgemeine Zufriedenheit Platz greift (!). Zum Aufbau der Wirtschaft werden in den einzelnen Städten in den nächsten Tagen Wirtschaftsausschüsse zusammenberufen, die zur Beschaffung von Arbeit und Lebensmitteln unmittelbar der Regierung zur Seite stehen sollen. gez. „Dekkers"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719231031-15/fragment/page=0001

Die Aachener Stadtverwaltung kennzeichnet ihrerseits diesen Aufruf als Humbug und fordert die Bevölkerung auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren und der verfassungsmäßigen Regierung treu zu bleiben. Aber der saubere Herr Deckers treibt die Frechheit lustig unter dem Schutz belgischer Bajonette weiter und „verordnet" die „Dienstentlassung aller Beamten", die nicht den Dienst bis zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgenommen haben.

*

In Andernach wurden die verjagten Separatisten von den Franzosen wieder in ihre Macht eingesetzt. Auch in dem oldenburgischen Gebietsteil Birkenfeld wurde die Rheinische Republik verkündet. Sie wurde von aus Trier herbeigeeilten Sonderbündlern ausgerufen. Mehrere höhere Beamte wurden ausgewiesen. Das Regierungsgebäude wurde besetzt. Diese grotesken Unternehmungen wiederholen sich in einer ganzen Reihe rheinischer Städte. Ueberall stellt die Besatzung ihre ganze bewaffnete Autorität hinter ein Häuflein übel berüchtigter Landesverräter. Die Not der Bevölkerung wird durch diese verbrecherischen Treibereien natürlich aufs äußerste gesteigert. So sind zum Beispiel 50 Prozent der Bevölkerung Triers ohne Beschäftigung und infolgedessen auch ohne Geld. Die Läden sind ausgestorben. Niemand kann sich etwas kaufen. Der Teuerungsmultiplikator beträgt 25 Milliarden. Der Bevölkerung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Oktober 1923.

— Mit dem 1. November tritt der Kommandeur der ersten Division und Befehlshaber im Wehrkreis I (Ostpreußen), Generalleutnant von Dassel, in den Ruhestand.

— Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno ist auf dem Dampfer „Ballin" aus den Vereinigten Staaten wieder in Hamburg eingetroffen.

— Dem Reichstage ist eine Novelle zum Gesetz über den Volksentscheid zugegangen.

— Der thüringische Landtag wählte den früheren Wirtschaftsminister Frölich zum Minister des Aeußern.

*

:: **Ein Notruf des Kölner Erzbischofs. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, wendet sich an die Katholiken der ganzen Welt mit einem Aufruf, in dem er sagt:** „An die Katholiken des Auslandes öffentlich diesen flehentlichen Hilferuf zu richten, zwingt uns die grauenvolle Hungersnot, in die die nach Millionen zählende Bevölkerung meiner Erzdiözese am Rhein und Ruhr durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und Unordnung von Tag zu Tag grauenvoller hineingestoßen wird. Mir blutet und bricht das Herz über dem Jammer des Volkes, dessen Untergang mein Ohr hören und mein Auge sehen muß. Es geht ohne Uebertreibung um Millionen von Menschenleben, den Mittelpunkt europäischer Kultur. Sendet uns vor allem Lebensmittel für unsere vielen Großstädte und Industriezentren. Man helfe auch der Bevölkerung in den nächsten Wochen mit Kleidung und Kohlen."

:: **Die wertbeständige Zahlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.** Das Reichsernährungsministerium hat in Würdigung des Wunsches der Landwirtschaft nach wertbeständigen Zahlungsmitteln dafür Sorge getragen, daß die Reichsgetreidestelle in die Lage versetzt wurde, das Brotgetreide gegen Goldanleihestücke zu kaufen. Die Reichsgetreidestelle gibt bei dem Ankauf von Getreide Goldanleihestücke mit besonderen Begleitscheinen hin, die mit diesen Begleitscheinen von den Finanzkassen als vollwertige Steuerzahlungen angenommen werden. Ferner ist zwecks erleichterter Verwendung der Goldanleihe Vorkehrung getroffen, daß dem Stickstoffsyndikat, den Thomasmehl- und den Superphosphaterzeugern diejenigen Goldanleihestücke, welche sie für die zum landwirtschaftlichen Verbrauch verkauften Düngemittel in Zahlung nehmen, zum Nennwert und zwar zum Mittelkurs für Dollarauszahlung New York am Tage vor der Einlieferung der Stücke bei der Reichsbank, abgenommen werden.

:: **Die Bayerische Volkspartei für Kahr und Lossow.** Die Bayerische Volkspartei hielt am Sonntag in München ihre ordentliche Landesversammlung ab, bei der der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Geheimrat Dr. Held, über „Die politische Lage in Bayern" sprach. Nach den Ausführungen Helds ist der Ausnahmezustand in Bayern nicht ein Augenblicksprodukt, sondern ist von verantwortlichen Männern verhängt worden wegen der wachsenden Gefahren in Bayern. Von der Bayerischen Volkspartei sei der Vorschlag ausgegangen, Herrn v. Kahr als Generalstaatskommissar zu bestellen. Im Fall Lossow hält es der Redner für unmöglich, daß die Staatsregierung, die den Weg des bedrängten Rechts gegangen sei, den General fallen lasse. Die eigentliche Quelle aller dieser Konflikte sei der falsche Aufbau der Weimarer Verfassung. Redner fordert für Bayern Finanz- und Verkehrshoheit und die Verfügung über den bayerischen Teil der Reichswehr in ähnlichem Ausmaße wie vor dem Kriege. Die Aussprache ergab einstimmige Billigung der Schritte der bayerischen Regierung, des Generalstaatskommissars und der Parteileitung. Zum Schluß wurde eine längere Entschließung angenommen, in der der bayerischen Staatsregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling und dem Generalstaatskommissar der wärmste Dank und die volle Anerkennung ausgesprochen wird.

Rundschau im Auslande.

: In allen Städten Italiens finden zurzeit große Feiern zur Erinnerung an den Jahrestag des faszistischen Vormarsches nach Rom statt.

*

England: Das britische Kabinett gegen den Rheinlandputsch.

: Wie das englische Regierungsblatt „Daily Telegraph" berichtet, verursacht die Frage der separatistischen Bewegung im Rheinland, die vom britischen Kabinett erörtert worden sei, den britischen Ministern ernste Besorgnisse. Es sei beschlossen worden, die Insurgentenbanden nicht in die britische Zone hinein zu lassen oder sie dort Agitation treiben zu lassen und keine separatistische Bewegung als Regierung anzuerkennen. Man sei der Ansicht, daß Großbritannien als Besetzungsmacht auf Grund des Versailler Vertrages und der Rheinlandkonvention augenblicklich in der Stellung eines Kurators für das von ihm besetzte Gebiet sei, das Deutschland schließlich ebenso wie es übernommen wurde, zurückerstattet werden müsse. Die britischen Zivil- und Militärbehörden im Rheinland seien angewiesen worden, in diesem Sinne zu handeln, ohne Rücksicht darauf, ob die französischen und belgischen Behörden ein unabhängiges Rheinland oder eine unabhängige Pfalz anerkennen oder nicht. Ebenso bestehe keinerlei Absicht, der französisch-belgischen Regie die Kontrolle über die deutschen Beamten und Eisenbahner im Kölner Gebiet, die bisher äußerst loyal mit den britischen Behörden zusammengewirkt hätten, zu überlassen.

Vereinigte Staaten: Die Hilfeleistung für Deutschland.

: Im Anschluß an das bevorstehende Getreideangebot der amerikanischen Weizenhändler wird aus Washington gemeldet, die amerikanische Regierung sei bereit, Schritte zu tun, um als Hilfeleistung im Fall einer Hungersnot in Deutschland große Schiffsladungen von Weizen nach Deutschland zu schicken. Die Frage einer Unterstützung im Fall, daß Deutschland nicht in der Lage wäre, die Sendung zu finanzieren, wurde in der Besprechung des Präsidenten Coolidge mit einer Gruppe von Weizenhändlern erörtert, die den Vorschlag machten, daß die Sendungen von der Kriegsfinanzkorporation finanziert werden sollten. Der Unterstützungsplan müßte indessen vom Kongreß besonders gebilligt werden. Im Weißen Haus glaubt man aber, daß der Kongreß dem Hilfsprogramm zustimmen würde, wenn eine Hilfe für Deutschland geboten erscheint notwendig werden sollte.

Volkswirtschaft.

:: **Rentenbankscheine gegen Goldanleihe.** Die Reichsfinanzverwaltung wird laut amtlicher Bekanntmachung im Laufe des Monats Januar 1924 die auf Mark lautenden Schatzanweisungen des Deutschen Reiches von 1923 (Vorauszahlung) im Werte von 4,20 Mark Gold (gleich 1 Dollar), 8,40 Mark Gold (gleich 2 Dollar) und 21 Mark Gold (gleich 5 Dollar) auf Wunsch der Inhaber gegen die von der Deutschen Rentenbank auszugebenden Rentenbankscheine umtauschen. Hierbei gilt eine Mark Gold der Schatzanweisungen gleich einer Rentenmark. Die Goldpfennige werden, soweit nicht bis dahin Rentenpfennige ausgegeben sind, in Reichsmark zu einem noch zu bestimmenden Kurse gezahlt werden. Der Umtausch kann innerhalb des vorbezeichneten Zeitraumes bei sämtlichen Reichsbankanstalten erfolgen. Es handelt sich also hiernach um den Umtausch der kleinen Stücke der Goldanleihe, die in der Hauptsache als Zahlungsmittel dienen sollen, und für die deshalb Zinsbogen nicht ausgegeben worden sind.

Die Reichsbahn auf Goldbasis.

Goldrechnungstarif ab 1. November.

Die deutsche Reichsbahn wird zum 1. November 1923 im Personen-, Güter- und Gepäckverkehr zum Goldrechnungstarif übergehen. Die bisherigen Grundzahlen, die durch Vervielfachung mit der Schlüsselzahl den zu erlegenden Papiermarkbetrag ergaben, werden auch künftig der Tarifberechnung zugrunde gelegt, nur mit dem Unterschiede, daß die Vervielfachung mit dem jeweiligen Kurs der Goldmark erfolgt.

Der Umrechnungskurs der Goldrechnungsmark in die Papiermark wird täglich auf Grund des amtlichen Dollarkurses an der Berliner Börse festgesetzt und den Eisenbahndienststellen telegraphisch mitgeteilt. Dieser auf Milliarden abzurundende Umrechnungskurs gelangt am nächsten Tage für die Umrechnung der Gebührensätze in Papiermark zur Anwendung. Die Abfertigung der Reisenden erfolgt in derselben Weise und an denselben Schaltern wie bisher.

Besondere Einrichtungen, wie Verweisung an bestimmte Schalter, im Notfalle an bestimmte Wechselkassen läßt sich dort nicht umgehen, wo bei zunehmendem Umlauf von Rentenmark, Dollarschatzanweisungen, Goldanleihe usw. die Umrechnung am Zahlkartenschalter die Abfertigung zu sehr aufhalten würde. An der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei Einführung der Goldmark nichts. Die Rückgabe der Fahrkarten am Schalter ist nur am Lösungstage zugelassen. Fahrgeld, Gepäck, Fracht usw. werden zum Goldkurse am Tage der Zahlungsanweisung erstattet. Frachtstundung findet nur noch auf Goldbasis statt, Nachweisungen sind nur noch in Goldmark zugelassen. Der zehnprozentige Zuschlag bei Ueberweisungsfrachten fällt mit Einführung des Goldumrechnungstarifes weg.

Schlußdienst.

Enthebung der sächsischen Regierung.

— **Dresden, 29. Oktober. Gegen 1 Uhr mittags begab sich ein Offizier des Wehrkreiskommandos in das Ministerialgebäude und überbrachte den Ministern je eine Verordnung des neuen Reichskommissars Dr. Heinze, wonach sie ihrer Aemter enthoben sind. Die sächsische Regierung will gegen diesen Akt bei der Reichsregierung Protest erheben und die sofortige Einberufung des Reichsrats fordern. Außerdem wird sie eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder betreiben.**

Auszug der sächsischen Minister aus den Amtsgebäuden.

— **Dresden**, 29. Oktober. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner und seine Kollegen haben der Aufforderung des Reichskommissars Dr. Heinze, zurückzutreten, zwar nicht Folge geleistet, aber sich bereit erklärt, der zweiten Aufforderung, die Ministerien bis 2 Uhr mittags zu verlassen, zu entsprechen.

Hochflut der Inflation.

— **Berlin**, 29. Oktober. Der Reichsbankausweis vom 15. Oktober zeigt eine Steigerung des Notenumlaufes um 76 416,8 auf 123 349,8 Billionen Mark.

Das Rosenschlößchen.

Roman von Karl Schilling.

28] [Nachdruck verboten.]

An derselben Stelle, wo vor 3 Tagen die Wogen der Verlobungsfreude flueten, weilten nun die Leidtragenden. Derselbe Wein, der zum Trunke der Festlust werden sollte, ward nun zum Gedächtnistrunk für den Entschlafenen. Ja, es war eigentlich eine rohe Sitte, dieses Totenmahl — aber der durch Jahrhunderte geheiligte Brauch des Hauses verlangte es so.

Hatte doch der Freiherr sogar Versuche gemacht, Eva Marie mit in diesen Kreis zu ziehen. In eigener Person stieg er die Treppe zu ihrem Mädchenstübchen hinauf und klopfte eigenhändig an die Türe. Und als sie auf sein dringliches Pochen endlich öffnete, da mochte ihr verweintes, verstörtes Gesicht ihn doch verwirrt haben, denn nur stockend brachte er seine Bitte hervor, Eva Marie möge, wenn auch nur auf ein Stündchen, die Trauergesellschaft mit ihrer Gegenwart beehren; das sei sicherlich ganz im Sinne des Geschiedenen.

Ein Ekel erfaßte die Baronesse, als sie seine stieren Augen erblickte und den seinem Munde entströmenden häßlichen Dunst von Wein und Zigarettenrauch empfand. Ein kurzes Kopfschütteln gab ihm die abweisende Antwort; und ehe er noch ein Wort der Gegenrede zu finden vermochte, hatte sie schon die Türe geschlossen und von innen den Riegel davor geschoben.

So gewahrte sie auch nicht mehr, wie sich sein Gesicht vor Wut entstellte und er, die Stufen hinabsteigend, wilde, drohende Flüche murmelte. Ja, büßen sollte sie, büßen.

Stunde auf Stunde schlich dahin, die frühe Abenddämmerung ging über in das Dunkel der vorzeitigen Nacht. Fröstelnd und übernächtig vom Wachen und Weinen kauerte die Baronesse Eva Marie in der Ecke ihres Stübchens. Die Tränenquelle in ihr war versiegt, aber um so brennender quälte sie der Schmerz um den geliebten Vater und um so mahnender stand die bange Frage auf: Wie wird sich nun deine Zukunft gestalten?

Lange saß sie so in Sinnen. Sie wollte einig mit sich und ihrem Geschick werden; denn nur die Klarheit gibt Frieden. Aber es war heute so schwer, ach so schwer, die wirren Gedanken zu ordnen, zumal wenn durch die ernste Trauerstille des Schlosses das laute Lachen und Lärmen der Gäste drang und ihr feines Empfinden wie Dolchstiche verwundete.

Der Justizrat Dr. Hanke hatte ihr heute mitgeteilt, daß die Testamentseröffnung übermorgen stattfinden sollte. Die Darlegungen ihres Vaters vor der Verlobung ließen ahnen, daß sie da wohl auf Unerfreuliches gefaßt sein müsse.

Gleichzeitig fiel ihr ein, daß der Freiherr von Dalwang sofort nach des Vaters Tode eine größere Summe vorgeschossen und die Regelung der pomphaften Beisetzungsfeierlichkeit übernommen hatte. Die Schamröte stieg ihr bei dem Gedanken ins Gesicht, daß fremdes, daß Dalwanger Geld nötig gewesen war, um ihrem Vater, dem edelgeborenen Baron von Wetterstein, die letzen Ehren geben zu können. Als heiligste Tochterpflicht nahm sie sich vor, sofort nach der Testamentsverkündigung dem Freiherrn die Schuldsumme zurückzuerstatten.

Von neuem drang das Stimmengewirr und das Gelächter der zechenden Trauergesellschaft an ihr Ohr, so daß sie wie in körperlichem Schmerze zusammenzuckte.

Nein, nichts sollte mehr zwischen ihr und dem Freiherrn stehen; sie wollte ihre Zukunft nicht auf einer Lüge erbauen und sich nicht Glanz und Reichtum durch Verstellung und Heuchelei erkaufen.

Um des Vaters willen hatte sie nachgegeben und schweren Herzens ihr Jawort geopfert. Nun war sie erlöst. Ihr Verlöbnis erfüllte die letzten Lebenswochen ihres Vaters mit Licht und Sonne und nahm seinem Sterben das Bittere; mit seinem Tode erlosch die erzwungene Verpflichtung, löste sich das unnatürliche Verhältnis.

Eva Marie faltete bebend die Hände. Nein, der Verewigte würde ihr in seinen lichten Höhen nicht zürnen, daß sie die drückende Fessel brach; durch die sie so unfrei und unglücklich wurde. Des Vaters Segen ging sicher mit ihr in das Land der Zukunft, das so düster und unheilvoll vor ihr lag.

Trat auch das Schlimmste ihrer Befürchtungen ein, daß das Rosenschlößchen, ihr Heim, ihre Zukunftsstätte, der Schuldenlast zum Opfer fiel — nun, sie wollte ihr Geschick entschlossen tragen, die Welt war ja groß und sie noch jung.

Aufs neue versank sie ins Grübeln. Vielleicht war es doch gut gewesen, daß das Schicksal sie von dem Einziggeliebten trennte, daß er nicht den Zusammenbruch ihres Hauses erlebte und mit in den Abgrund des Elends gezogen wurde. Doch nein! An seiner Seite zu stehen und mit ihm durch Not und Entbehrung ein neues Glück sich zu erkämpfen — auch das mußte Seligkeit sein!

Und wieder regte die Sehnsucht in ihr die Schwingen und ließ sie ihre Verlassenheit doppelt tief empfinden.

Je mehr aber ihre Gedanken den fernen versenten Mann umkreisten, um so schärfer fühlte sie den Widerwillen gegen den ihr aufgezwungenen Bräutigam, und um so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719231031-15/fragment/page=0002

Die gesamte Kapitalanlage der Bank wuchs von 77 940,3 auf 203 762 Billionen Mark.

Die Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister.

— **Berlin**, 29. Oktober. Von sozialdemokratischer Seite wird die Behauptung, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Absetzung der sächsischen Regierung und der Ernennung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, als unzutreffend bezeichnet. Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt habe den Standpunkt eingenommen, daß er Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber seinen Entschluß loyal der Reichsregierung mitteile. Die sozialdemokratischen Minister erklärten, daß auch sie das Ausscheiden der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit halten, warnten aber wiederholt vor dem von Reichswehrminister Geßler eingeschlagenen Wege, dem sie unheilvolle Folgen in Sachsen und im Reich voraussagten.

Aus Stadt und Land.

** **Blutiger Zusammenstoß in Freiberg.** Am Sonnabend nachmittag wurden auf dem Postamt in Freiberg in Sachsen vier Reichswehrsoldaten, die dort die Briefschaften für ihren Truppenteil abholen sollten, von Demonstranten schwer bedrängt. Auf Anforderung des Postdirektors und der Polizei wurde Reichswehr auf zwei Lastkraftwagen in die Stadt entsandt, die den Postplatz säuberte und die bedrängten Leute befreite. Beim Besteigen der Kraftwagen wurden die Soldaten mit Steinen bevorfen und beschossen. Drei Soldaten wurden verwundet, darunter zwei schwer. In der Notwehr machte die Truppe von ihrer Waffe Gebrauch, wobei es 13 Tote und 20 Verwundete gab. Im weiteren Verlaufe des Nachmittags steigerte sich bei den Kämpfen die Zahl der Toten auf 23, die der Verwundeten auf 31. Man beobachtete bei den Angreifern ein Maschinengewehr, eine Anzahl Gewehre, Karabiner, Pistolen und Handgranaten. Von der Reichswehr wurden den radikalen Elementen mehrere Gewehre abgenommen. Nach militärischer Auffassung ist der Angriff seit mehreren Tagen organisiert gewesen. Man hatte aus der Umgegend radikale Elemente in großer Zahl nach Freiberg beordert. Unter den Toten befindet sich eine Frau.

** **Der oberschlesische Streik beigelegt.** Der vor etwa einer Woche in Deutsch-Oberschlesien ausgebrochene Streik der Gruben- und Hüttenarbeiter ist für beendet erklärt worden. Nachdem am Sonnabend bis in die späten Abendstunden Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und -nehmern stattgefunden hatten, wurde am Sonntag in einer abgehaltenen Funktionär- und Betriebsrätekongreß beschlossen, den Streik abzublasen und mit der Arbeitsaufnahme zu beginnen.

** **Hungerrevolten im Ruhrrevier.** Die Plünderungen und Unruhen im Ruhrgebiet haben einen derartigen Umfang angenommen, daß die Lebensmittelversorgung aufs äußerste gefährdet ist. In Gelsenkirchen hat die Polizei eine Bekanntmachung erlassen, daß, um die Lebensmittelversorgung nicht vollständig zu unterbinden, auf jeden Plünderer ohne weiteres geschossen werde. Gegen die Felddiebstähle, die einen ganz gewaltigen Umfang angenommen haben, sind die Sicherheitsorgane überall fast vollständig machtlos. Das Lebensmittellager der bedeutendsten Essener Großhandelsfirma wurde von einer großen Volksmenge gestürmt und ausgeplündert, wobei die Mehlsäcke einfach aufgeschnitten wurden, so daß das Mehl fußhoch auf dem Boden verstreut wurde. Die Polizei konnte später aus der Umgegend der Lagergebäude mehrere Lastwagen der gestohlenen Waren wieder zurückbringen.

An unsere Leser!

Nachdem die Papierberechnung wesentlich über den Goldmarkpreis gestiegen ist (das Kilo Druckpapier kostet heute rund einundeinehalbe Milliarde Mark gegenüber 21 Pfg. früher), nachdem ferner für Steuern, Druckfarbe und sonstige Betriebsmaterialien, Heizmaterialien usw. Goldmarkwerte eingeführt sind und die Lebenshaltungskosten sich fast allgemein diesen nähern, müssen auch wir diese Verhältnisse unseren Preisen zugrunde legen, wenn das Fortbestehen der Zeitung gesichert werden soll.

Wegen der rapid fortschreitenden Geldentwertung ist es unmöglich den Bezugspreis für einen Monat festzusetzen, derselbe wird nunmehr **in zwei Raten** erhoben. Für die **1. Hälfte des November** gelangt der Betrag von

3 Milliarden 200 Mill. Mk.

ab Mittwoch den 31. Oktober zur Einkassierung.

Wir bitten unsere verehrten Leser den Betrag bereit zu halten und unseren Boten die Einholung der Beträge zu erleichtern. Die Annahme der ersten Nummer im November verpflichtet zur Zahlung des angegebenen Betrages.

Der vorstehend genannte Bezugspreis mag im ersten Moment unseren werten Lesern verblüffend hoch erscheinen, doch wolle man bedenken, daß die in der Umgegend erscheinenden täglichen Zeitungen bereits für die laufende Woche 8—10 Milliarden fordern.

Von den Postbeziehern, von denen nur ein geringer Teilbetrag eingezogen worden ist, werden wir den Fehlbetrag durch Nachnahmekarte einziehen.

Verlag der Annaburger Zeitung.
Verlag des Elbe-Elster-Bote, Prettin.

Lokales und Provinzielles.

— **Reformationsfest.** Wiederum feiert die evangelische Kirche das Fest zur Erinnerung an den denkwürdigen 31. Oktober 1517, an dem Martin Luther seine 95 Sätze über den Ablaß an die Schloßkirche von Wittenberg anschlug und damit das Werk der Reformation einleitete. Luthers Thesen richteten sich bekanntlich zunächst nicht gegen den Ablaß an sich, sondern nur erst gegen dessen Mißbrauch. Bald jedoch brach Luther auch mit der bisherigen Ablaßtheorie und arbeitete dann, nachdem es inzwischen zu einem endgültigen Bruch zwischen ihm und Rom gekommen war, auf eine völlige Reformation der Kirche hin. So wurde Luther der Begründer des deutschen Protestantismus, dessen Gründungstag auch in diesem Jahre von allen evangelischen Christen begangen wird.

—* **Annaburg**, 30. Okt. Durch die Kriegsnot haben viele Kinder ihren Ernährer und Erzieher verloren. Um für diese Kriegswaisen eine Unterbringungsmöglichkeit zu schaffen, hatte die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen der Prov. Sachsen in Thale im Harz ein Heim eingerichtet, in dem den Kindern neben körperlicher Pflege auch eine gute Erziehung zuteil werden sollte. Aus wirtschaftlichen und pädagogischen Gründen war es erforderlich, dieses Heim zu verlegen, und es war besonders willkommen, in dem Lazarettgrundstück der ehemaligen Knaben-Erziehungs-Anstalt eine Stätte zu finden, die den Kindern noch mehr Gelegenheit zu Spiel und Arbeit im Freien bietet. Etwa 50 Jungen und Mädchen sollen im Heim untergebracht werden und die Ortsschule in Annaburg besuchen. Außerdem findet noch eine Anzahl schulentlassener Mädchen, ebenfalls Kriegswaisen, in einem einjährigen Lehrgang praktische Unterweisung in allen hauswirtschaftlichen Arbeiten. — Die Kinder befinden sich während der Umzugszeit in einem Erholungsheim in der Altmark und werden am 31. Oktober nachmittags in Annaburg eintreffen.

— **Landabgabe.** Es wird daran erinnert, daß die Novemberrate der Landabgabe mit $1^1/_2$ Goldmark für je 2000 Mk. Wehrbeitragswert am 1. November 1923 fällig und unaufgefordert an die Finanzkasse Torgau zu zahlen ist. Der jeweils gültige Umrechnungssatz hängt bei sämtlichen Postanstalten, -Agenturen — nicht Posthilfsstellen und beim Finanzamt selbst öffentlich aus. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung werden 5 vom Hundert Zinsen jährlich in Gold erhoben.

— **Invalidenversicherung.** Vom 22. Oktober 1923 an sind die Beiträge und die für die Errechnung der Beiträge maßgebenden Jahresarbeitsverdienste gegenüber den Grundbeträgen verhundertfacht und gleichzeitig die Lohnklasse 36, 40, 41, 42 und 43 gesperrt werden. — Für vor dem **1. Oktober** 1923 liegende Beschäftigungszeiten werden noch Beitragsmarken der Lohnklassen 36 bis 44 von der Landesversicherungsanstalt auf Antrag abgegeben. Die Anträge müssen bis 31. Oktober d. Js. gestellt sein und es muß darin angegeben sein die Zahl der erforderlichen Marken, die Lohnklassen in der die Beiträge noch zu entrichten sind und die Beitragszeit für die sie gelten sollen. Mit dem Antrage ist der Geldwert der Marken gebührenfrei einzusenden. Anträge, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, sind wirkungslos. Für Beiträge, die etwa für die Zeit vom 1. bis 21. Oktober 1923 noch zu verwenden sind, muß der hundertfache Betrag entrichtet werden.

— **Ein Fernbrief 50 Millionen.** Am 1. November wird ein neuer Posttarif eingeführt: Ein Fernbrief soll 50 Millionen kosten. Es kommt also eine 5fache Erhöhung der jetzt gültigen Portosätze in Betracht. Marken zu 100 und 200 Millionen werden bereits gedruckt. Ihre Ausgabe erfolgt in der nächsten Woche.

— **Die Inhaber der Geschäfte,** in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs feilgeboten werden, sind nach einer Verordnung der Reichsregierung verpflichtet, ihre Verkaufsräume werktäglich zu den üblichen Stunden zur Abgabe von Waren offenzuhalten, sowie ihre Waren gegen Zahlung deutscher Reichsmark abzugeben. Auf Zuwiderhandlung gegen diese Vorschriften sind hohe Geld- und Freiheitsstrafen gesetzt. Außerdem kann die Verwaltungsbehörde die Schließung der Betriebe anordnen.

—* Am 2. Novbr. Schweinemarkt in **Holzdorf.**

Premsendorf, 23. Oktober. In letzter Nacht sind verschiedene Diebstähle in unserem kleinen Dorfe verübt worden. Es wurden Gänse gestohlen und auch Wäsche soll aus dem Waschfaß entwendet worden sein.

Dobrilugk. In vier aufeinanderfolgenden Nächten waren Einbrecher auf dem hiesigen Güterbahnhof tätig. Es wurden große Mengen Margarine, Zigarren, Schokolade, ganze Kissen Kognak und Liköre, und eine große Anzahl gesalzener Rindshäute aus dem Eisenbahnwagen gestohlen.

Dessau. Die Landespreisprüfungsstelle in Dessau hat Beschluß gefaßt, den Dollar als Maßstab für die Geldentwertung aller Waren anzuerkennen. Preis, Fracht und Spesen werden umgerechnet mit 4,20 Goldmark für den Dollar. Maßgebend ist der Dollarbriefkurs der Berliner Börse. Für Sonnabend gilt der Freitagskurs. Die Preise dürfen nur einmal täglich und nicht vor 3 Uhr nachmittags geändert werden.

Lugau, 18. Oktober. Die Steinkohlenwerke im Lugau-Oelsnitzer Revier leiden stark unter Finanznot. Vorige Woche konnten die Bergarbeiter blos 1 Milliarde Abschlagslohn erhalten, wodurch Unruhen unter den Belegschaften entstanden, die auf einem Werke zum Teilstreik führten. Kohlen gehen schlecht ab, und müssen aufgehäuft (!) werden. Bei den gegenwärtigen hohen Preisen kann ja doch kaum noch jemand Kohlen kaufen! Wo soll das hinführen?

Neue Aemter und kein Geld. Der Landbund der Provinz Sachsen sandte folgenden Protest gegen die Schaffung

---

schneller kam sie zu dem Entschlusse, den Freiherrn morgen zu einer Unterredung zu bitten und ihm frei und offen sein Wort zurückzugeben. Allerdings, Tantchen durfte vorher keine Silbe ihres Vorhabens erfahren, sonst würde es Vorwürfe, Tränen und Aufregung in Fülle geben. An abgeschlossenen Tatsachen dagegen ließ sich nichts ändern. —

Eva Marie fand diese Nacht keinen Schlaf. Die Ereignisse des kommenden Tages bewegten ihre erregte Seele im voraus und ließen sie alle Qualen vorfühlen.

Tausend Sorgen und Befürchtungen standen in der Einsamkeit auf und verstrickten sie in Angst und Not, daß Fieberglut ihren Körper überlief und ein verwirrender Halbtraum ihr aufregende Bilder vorspiegelte: ihr war, als schaute sie das zorngerötete Gesicht des Freiherrn, Schmähworte sprudelten über seine Lippen, und jetzt erhob er gar die Hand, um sie zu schlagen.

Mit wildem Schreckensschrei fuhr sie von ihrem Lager empor — Minuten dauerte es, ehe ihr geängstigter Sinn sich zur Wirklichkeit zurückfand und sich das ungestüm pochende Herz ein wenig beruhigte.

Wie Erlösung begrüßte sie es, als sie Geräusche der Außenwelt vernahm: das Rollen eines Wagens, Hufschlag der Pferde.

Die Baronesse hatte richtig gehört. Es mochte Mitternacht sein, als endlich die letzten Gäste aufbrachen und fortfuhren. Der Freiherr von Dalwang hatte sich verpflichtet gefühlt, als künftiger Vertreter des Hauses Wettenstein am längsten auszuhalten.

Nun machte auch er sich auf. Er war von der heutigen Totenfeier hochbefriedigt.

Seine trunkenen Augen kniff er halb zu, und seine schwere Zunge vermochte kaum noch ein paar Silben zu lallen. Im Heruntersteigen versuchte er noch vergeblich mit mühsam gespitzten Lippen einen Gassenhauer zu pfeifen. „Donner und Doria, der Alte hatte einen großartigen Weinkeller. Ja. für so etwas besaß der Sinn und — Geld!"

Die beiden Diener des Dalwanger mußten alle List und Geschicklichkeit aufwenden, um ihren Herrn gütlich in den Wagen zu bringen. Es war ein schweres Stück Arbeit, und erleichtert atmeten sie auf, als sie endlich den Schlag schließen konnten und die beiden Rosse anzogen.

Nun rollte der Wagen dahin. Der Freiherr war bald in die weichen Plüschpolster gesunken und schnarchend eingeschlafen. Und selbst, wenn er wach gewesen wäre, hätte ihn der Zauber der einsamen Fahrt durch die stille Herbstnacht wohl unberührt gelassen. Stern an Stern trat aus dem schwarzblauen Himmelsgrunde hervor, und jeder ward für den denkenden Menschen zum sinnenden Rätsel und jeder ward für das gläubige Gemüt zum Psalm, der von dem Ewigen erzählt, der seit Jahrtausenden Welten kreisen läßt und dessen Hand auch das kleine Schicksal der sterblichen Menschen spinnt.

Kutscher und Diener schwiegen. Fröstelnd hüllten sie sich in ihre Mäntel. Ihr Gespräch verstummte. Fiel auch in ihre arme Seele ein Strahl jener hohen Ahnung, spürten auch sie einen Hauch der unerklärlichen Scheu vor dem Hohen, Heiligen, Unnennbaren? — —

Allmählich stieg die Straße bergan. Die beiden Rappen, die den Weg gut kannten, verlangsamten von selbst den eilenden Schritt. Nun bogen sie ein. Die Fahrt führte eine kurze Strecke an den Ausläufern des Waldes dahin. Finster und gespensterhaft erhoben sich aus dem neblichten Grau pechschwarze Kiefern und streckten wie drohend dem Wagen ihre dürren Arme entgegen. Unwillkürlich überlief die Bedienten ein furchtsames Gruseln. Unbewußt rückten sie näher aneinander.

Jetzt raschelte es, ein Knicken und Brechen von Aesten! Dem Leibdiener trat Angstschweiß auf die Stirne, und seine Lippen murmelten ein halbvergessenes Kindergebet.

Nun wieder tiefe Stille. Er lächelte. Wie man doch so ängstlich sein konnte und überall Gefahr witterte! Das kam wohl daher, daß ihm der Dienst schon seit acht Tagen keine Nachtruhe gelassen hatte. Und auch die böse Geschichte fiel ihm ein: Sein Gebieter, der Freiherr von Dalwang, war wenige Tage vor seiner Verlobung in jenem Forste einem Wilderer begegnet und hatte ihn kurzerhand niedergeschossen. Nun fand die arme Sünderseele des Getöteten keine Ruhe und irrte nachts im Walde umher.

Und wieder lief es dem Leibdiener bei diesem Gedanken eiskalt den Rücken hinunter. Warum nur der Kutscher kein Wort sagte? Schlief der gar?

Fortsetzung folgt.

Clausthal. (Einen Hering für ein Kalb!) Eine Witwe, die sich mit Viehzucht ernährt, verkaufte vor einiger Zeit ein Kalb für eine Million Mark. In dem Bestreben das Geld zusammenzuhalten, wie sie es von früher her gewohnt war, trägt sie es zur Sparkasse. Nach längerer Zeit holt sie ihre Million, um sich Lebensmittel zu kaufen, kann aber für ihr schönes Geld nur noch einen Hering bekommen. — Wer denkt da nicht an „Hans im Glück"? Einen Hering für ein Kalb! Nur mit dem Unterschiede, daß die Frau bitterlich geweint hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719231031-15/fragment/page=0003

von Landbürgermeistereien an die beteiligten Stellen ab: Nach den Erklärungen des Regierungsvertreters im 22. Ausschuß des Landtags hält die Regierung an der Schaffung der Landbürgermeistereien und somit vieler neuer Berufsbeamtenstellen fest, obwohl der Gesetzentwurf durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt ist. Also neue Aemter und kein Geld! Für die Provinz Sachsen ergibt sich daraus eine unmögliche Belastung mit 525 000 Goldmark gleich heute 78750 Billionen Papiermark.

— **Das Elend in Berlin.** Die Lage der Lebensversorgung in Berlin hat sich ganz erheblich verschärft. Das immer unverhüllter zutage tretende Elend dürfte in vergangenen Zeiten kaum ein Beispiel haben. Es gibt Familien und Einzelpersonen, darunter zahlreiche solche des einst begüterten Mittelstandes, die schon seit Tagen weder Brot noch Kartoffeln sich beschaffen konnten und die infolge gänzlichen Mangels an Geldmitteln nicht einmal die fast gratis verabfolgten Speisungen der staatlichen Nothilfe in Anspruch nehmen können. Die Sterblichkeit infolge Hungererschöpfung ist ganz erheblich gestiegen.

Gerichtssaal.

Z Die Hamburger Aufrührer vor Gericht. Das anläßlich der Hamburger Kommunistenunruhen eingesetzte außerordentliche Gericht hat bereits die ersten Urteile gegen die Kommunistenführer gefällt. Es handelt sich fast durchweg um Leute von durchschnittlich 20 Jahren. Der 22jährige Angeklagte Thorell wurde wegen Hochverrats und Aufruhr zum Tode, und wegen versuchten Totschlags und anderer Vergehen zu sechs Jahren Zuchthaus, fünf weitere Angeklagte wegen Landfriedensbruchs und Plünderei zu Freiheitsstrafen verurteilt, davon einer zu einem Jahr Zuchthaus; die übrigen zu zwei Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis. — Ein weiterer Beamter der Schupo ist seinen Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der getöteten Polizeibeamten auf 14 erhöht hat. Die Zahl der Toten und Verwundeten auf kommunistischer Seite konnte noch nicht festgestellt werden, da der Sanitätsdienst der Kommunisten die Verletzten und auch die Toten selbst weggeschafft hat. In den Krankenhäusern sind bis jetzt 75 Tote eingeliefert worden.

Wirtschaftszahlen.

29. Oktober.

1 Goldmark	15,47 Milliarden
Dollarschatzanweisung	79 Milliarden
Goldanleihe	65 Milliarden
Reichsbankdiskont	90 Prozent
Goldankaufspreis	640 Dollar pro Kilo
Silberankaufspreis	7 milliardenfach
Großhandelsindex (23. 10.)	14,6 milliardenfach
Lebenshaltungsindex (23. 10.)	3045 millionenfach
Steuermultiplikator 28.10.—3.11.	6000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern (25. 10.)	15 Milliarden
Buchdruckerindex	700 Millionen
Schlüsselzahl für Anzeigen	18 Millionen
Eisenbahnschlüsselzahl	6 Milliarden
Fernbrief	10 Millionen
Postkarte	4 Millionen

Handelsteil.

— **Berlin**, den 29. Oktober 1923.

Am Devisenmarkt lagen heute bei Wochenbeginn zahlreiche Kaufaufträge vor. Besonders stark waren die Anforderungen heute aus Hamburg, daneben aber waren recht erhebliche Aufträge aus dem Rheinland eingelaufen. Angesichts der starken Ansprüche sah sich die Reichsbank veranlaßt, die Zuteilung, besonders in den Hauptwaluten, sehr erheblich einzuschränken. Auf Kabel New York und Holland wurden nur je 10 Prozent, auf London nur 12½ Prozent zugeteilt. Bei der Kursfestsetzung wurde Kabel New York unverändert auf 65 Milliarden festgesetzt, London auf 290 Milliarden. Mit Ausnahme von Kabel New York erfuhren die Devisen meist eine leichte Heraufsetzung. Dollarschatzanweisungen stiegen bis auf 79 Milliarden, Goldanleihe kostete wie an den Vortagen 65 Milliarden.

An der Effektenbörse waren heute auf den meisten Marktgebieten erhebliche Steigerungen zu verzeichnen. Am stärksten waren sie am Montanaktienmarkt und in den Petroleumwerten, wo sie in Ausnahmefällen bis zu einer Verdoppelung des Kursstandes gingen.

Die Tendenz an der Produktenbörse war unverändert. Der Mangel an Zahlungsmitteln wirkte hemmend auf das Geschäft. Auch die Preise blieben gegen Sonnabend fast unverändert.

Der Stand der Mark.

	29. 10.		27. 10.
	(In Millionen Mark.)		
	G.	B.	B.
1 holländischer Gulden	25137	25263	24661
1 belgischer Franken	3232	3248	3147
1 norwegische Krone	9975	10025	9724
1 dänische Krone	11137	11228	11027
1 schwedische Krone	16957	17043	16641
1 italienische Lira	2913	2927	2807
1 englisches Pfund	289275	290725	285712
1 Dollar	64838	65162	65167
1 französischer Franken	3771	3789	3689
1 schweizerischer Franken	11571	11629	11321
1 tschechische Krone	1895	1905	1884
1 österreichische Kronen	0,908	0,912	0,902

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Preise in Goldmark. Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo ab Station. Weizen Märk. 155—157. Roggen Märk. 141 bis 142,75. Sommergerste 136—138,50. Hafer Märk. 107 bis 109. Weizenmehl 22,50—25. Roggenmehl 22,50 bis 25. Weizen- und Roggenkleie 5,20—5,40. Raps 215—218. Leinsaat 320—350. Viktoriaerbsen 35—40. Kleine Speiseerbsen 35—36. Rapskuchen 8,90—9,10.

Heu und Stroh.

Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station. (Amtlich.) (In Milliarden Mark.) Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 11—13, drahtgepr. Haferstroh 10—12, drahtgepr. Gerstenstroh 9—11, Roggenlangstroh 9—10, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 8,5—9,5, loses Krummstroh 7—8, Häcksel 18—19, handelsübliches Heu 6—9, gutes Heu 9 bis 13.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr. Polizeistunde.

Zur Behebung von Zweifeln weise ich die Ortspolizeibehörden und Landjägerämter sowie die Saalbesitzer darauf hin, daß grundsätzlich **alle** Festlichkeiten geschlossener Gesellschaften, also auch die Hochzeitsfeiern, die in dem Saal einer Gast- oder Schankwirtschaft oder in einem Klublokal stattfinden, der Polizeistunde unterliegen.

Wieweit Ausnahmen hiervon zulässig sind, ist im § 85 a der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 27. Juli d. Js. festgelegt.

Torgau, den 22. Oktober 1923.

Der Landrat. Dr. Drews.

Veröffentlicht!
Annaburg, den 30. Oktober 1923.

Der Amts-Vorsteher. Henze.

Betr. Landarbeiterstreiks.

Landarbeiterstreiks gelten als Stillegung lebenswichtiger Betriebe und sind durch die Verfügung über den Ausnahmezustand vom 29. 9. 23, Ziffer 5 verboten. Zuwiderhandelnde werden gemäß Ziffer 7 der Verordnung bestraft.

Ich mache hierauf besonders aufmerksam.

Torgau, den 22. Oktober 1923.

Der Landrat. Dr. Drews.

Veröffentlicht!
Annaburg, den 30. Oktober 1923.

Der Amts-Vorsteher. Henze.

Steuer-Abzug.

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Ermäßigungssätze zu vervielfachen sind, beträgt für die Zeit vom 28. Oktober bis 3. November einschließlich bei jeder bis zum 3. November erfolgenden Zahlung von dem bis zum 3. November fällig gewordenen Arbeitslohn **6000.**

Die Vervielfältigungszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte 1923 in Geltung gewesenen Sätze für den Wert der Natural- und Sachbezüge zu vervielfachen sind, beträgt ab 1. November 1923 **6000.**

Die einzubehaltenden Steuerbeträge sind auf volle Millionen nach unten abzurunden.

Torgau, den 27. Oktober 1923.

Finanzamt Torgau.

Am Donnerstag, den 1. November, vorm. 10 Uhr, findet im Gasthaus „**Waldschlößchen**" zu **Annaburg** eine **Versammlung** der Pächter von forstfiskalischen Acker- und Wiesen-Parzellen der Oberförsterei Annaburg statt, auf welcher eine Besprechung stattfinden soll über die anderweitige Festsetzung der Pachtgelder.

Es handelt sich um die Acker-Parzellen im **Schwarzen Winkel,** an der **Darre** und im **Gärtnerfeld** und um die Wiesen-Parzellen des Tolauer Hegers bei Listerkehrda.

Das Erscheinen der Pächter ist dringend nötig. Wer nicht erscheint, unterwirft sich den von der Versammlung gefaßten Beschlüssen.

Der Forstmeister.

Dixin Henkel's Seifenpulver
das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!

Bekanntmachung.

Infolge der in den letzten Tagen eingetretenen sturzweisen Geldentwertung muß der Gaspreis für den Verbrauch zwischen der letzten und der folgenden Zählerablesung dementsprechend erhöht werden.

Der gültige Preis wird nach beendeter Ablesung bekanntgegeben.

Als Richtpreis kann gelten:

1 cbm Gas 38 Goldpfennige.

Die nächste Zählerablesung erfolgt am 31. d. Mts.

Annaburg, den 29. Oktober 1923.

Die Gaswerksverwaltung.
Bergner.

Weißstücken-Kalk, Portland-Zement, Zementkalk, Gips, Rohrgewebe
Dachpappe, Klebemasse, Carbolineum
Krippenschalen, Tonröhren usw.
stets vorrätig, empfiehlt
Wilhelm Kunze,
Dampfsägewerk — Holzhandlung
Baugeschäft, Baumaterialienhandlg.
— Fernsprecher Nr. 6 —

Fahrräder, Nähmaschinen, Zentrifugen, Kinderwagen, Sprechapparate und Platten.
Jedes alte Fahrrad wird **wie neu hergestellt** in meiner **Reparaturwerkstatt** und **Emaillieranstalt.**
Fritz Rödler, Annaburg,
Fernsprecher Nr. 53.

Polizeiliche An- und Abmeldescheine sind vorrätig in der **Buchdruckerei H. Steinbeiß.**

Freitag den 2. Novbr., abends 8 Uhr
Bauern-Versammlung
im Gasthof zum „Siegeskranz". Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Zahn-Atelier
Georg Consentius, Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
— Telefon Nr. 23 —
empfiehlt sich zur **Behandlung aller Zahnkrankheiten, Plomben in Gold, Silber, Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Betäubung, jede Art künstl. Zahnersatzes**
Behandlung für Krankenkassen.
Sprechstunden täglich 9—3 Uhr.
Kaufe ständig Platin, Gold und Silber.

Köhler's Deutscher Kalender für 1924
mit vollständigem **Märkte-Verzeichnis** und einem **Wand-Kalender** ist erschienen und zum Preise von **4,8 Milliarden Mk.** zu haben bei
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Drahtgeflechte für alle Zwecke
Drahtzäune, Türen und Torwege, Spalier- u. Gehege-Draht, schwarz u. verzinkt, alle Sorten u. Stärken, Drahtstifte und Ketten.
Einkoch-Apparate und Gläser,
eiserne u. Kupfer-Kessel, gußeiserne und **emaillierte Eimer** und **Töpfe.**
Wilhelm Grahl.

Salicyl-Pergament,
fettdichtes Butter-Einschlagpapier,
Packpapiere in Bogen und meterweise
empfiehlt **Herm. Steinbeiß,** Papierhdlg.

Freitag früh v. 9 Uhr ab
Fleisch- und Wurst-Verkauf.
Martin Wiesener.

Zwei kleine braune Hühner am Sonnabend **entlaufen.** Um Zurückgabe gegen Belohnung bittet Bengsch.

Kaufe jeden Posten
Roggen.
E. Klausenitzer.

Die billigste, reichhaltigste, interessanteste und gediegendste
Zeitschrift f. jeden Kleintier-Züchter
ist und bleibt die
Illustrierte Tier-Börse
Dresden-A. 1 Wettinerstr. 29
In der „Tierbörse" finden Sie alles Wissenswerte über Geflügel, Hunde, Zimmervögel, Kaninchen, Ziegen, Schafe, Bienen, Aquarien usw. usw.
* * *
Abonnements bitten beim zuständigen Postamt zu bestellen
* * *
Erstklassiges Insertions-Organ
Inserate zu Originalpreisen befördert die Expedition d. Zeitg.
Verlangen Sie Probenummer, Sie erhalten dieselbe gratis und franko.

Syndetikon
klebt, leimt u. kittet alles!
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719231031-15/fragment/page=0004

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 24.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 2 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 3 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teile 4 Goldpfg., im Reklameteile 5 Goldpfg. (einschl. Umsatzsteuer). Schwierieger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 87. Mittwoch, den 31. Oktober 1923. 26. Jahrg.

Chronik des Tages.

— Die sächsische Landesregierung hat es abgelehnt, der Aufforderung der Reichsregierung, sofort zurückzutreten, zu entsprechen.

— Die Reichsregierung hat den früheren Reichsjustizminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt.

— Der Zusammentritt des sächsischen Landtages ist von dem Militärbefehlshaber verboten worden.

— Die Reichsregierung hat an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wiederherzustellen.

— Poincaré lehnt jede internationale Reparationserörterung ab.

— **Amtlicher Berliner Dollarkurs vom 29. Oktober: 64 838 000 000 Gold, 65 162 000 000 Brief.**

Ein Sonnenblick.

Am letzten Oktobersonntag hat es der Herbst gut gemeint gehabt, die Sonne schaute vom Himmel herab, leuchtend und lachend, als wollte sie sagen: „Seid nicht so trüben Sinnes, ihr Menschenkinder, seht, ich meine es gut mit euch!" Aber dieser Sonnenblick vom blauen Himmel zeigte auch trübe Bilder, ohne daß ein Wolkenschatten heraufgezogen wäre. Es fehlte nicht an Menschen, alt und jung, darunter hier und da auch barfüßige Jungen und Mädchen, die mit Handwagen, Körben, Taschen durchs Land gingen und um Brot und Kartoffeln baten. Blasse Gesichter und verlangende Augen schauten in die Türen und Fenster und ausgestreckte Hände heischten eine freundliche Gabe. Mancher, dem das Geben nicht leicht wurde, weil bei ihm selbst Mangel herrschte, hat nach Kräften gespendet, und die Sonne schien dazu zu sagen: „Freundliche Geber hat Gott lieb!" Ob es jetzt im November noch länger so anhalten wird, wissen wir nicht, aber wer eine solche Erinnerung mit in die Zukunft nehmen kann, dem bleibt sie als ein Sonnenblick in dunklen Wochen. Die Novembertage stehen dicht vor uns, die mit Allerseelen und Allerheiligen beginnen und mit dem Anfang der Adventszeit schließen. Die fröhliche, seelige Weihnachtszeit wird bald von uns mit offenen Armen aufgenommen werden.

In dieser Woche gibt es bei uns schon etwas zu Weihnachten, die Rentenmark, die neue Währung, die auch in Rentenpfennigen zum Ausdruck kommt. Es muß ja nicht sein, daß der Weihnachtsmann allen Deutschen das neue Geld in die Hände schüttelt, es wird schon eine Freude sein, wenn wir alle die Folgen

en Abbau der ebensmittel er- ht beschert wer- apiermark stark s Verschwinden rtet werden, in rk ihren Kampf n. Die Haupt- s anders wird, Lebens wieder für Deutschland!

ferenz.

dwin.

hat bei der Ein- Heimatgemeinde litischen Sonn- abgesehen von nd — vornehm- er Einberufung konferenz unter useinandersetzte. Premierminister dringliche Mah- ch zu überlegen, rückweise. Auch wieder einmal Ministerpräsident dem englischen eit aber schiebt er durch allerhand Vorbehalte und Bedingungen der kommenden Sachverständigenberatungen schon jetzt Riegel auf Riegel vor. Vor allem hält er an dem Zahlungsplan von London fest, an jenen 132 Millionen Goldmark, die, wie er selbst ganz gut weiß, Deutschland niemals zahlen kann. Im übrigen ist Poincaré der Auffassung, daß

die Reparationskommission

die gegebene Instanz zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit sei. Der französische Ministerpräsident führte hierüber u. a. aus:

„Wenn es sich darum handelt, auf einem Umwege zu einer Verringerung der deutschen Schuld zu kommen, so ist das ein Weg, den wir unsererseits nicht begünstigen werden. Wenn es sich jedoch darum handelt, was Deutschland später oder in unmittelbarer Zukunft leisten könne, so ist in der Tat nichts wichtiger als eine solche Untersuchung. Aber gerade da ist die Reparationskommission damit betraut, von Zeit zu Zeit die deutsche Zahlungsfähigkeit, die mit den wirtschaftlichen und finanziellen Zuständen Deutschlands wankt, zu prüfen. Es ist kein Grund vorhanden, der Reparationskommission eine ihrer wichtigeren Aufgaben wegzunehmen. Deutschland hat soeben mit der Kommission Fühlung genommen. Der Ausschuß wird zweifellos in kurzer Zeit die Vertreter des Reiches anhören. Man lasse ihn also arbeiten und seine Aufgaben erfüllen."

Poincaré geht sodann auf die englische Anregung einer internationalen Reparationskonferenz ein und erklärt, wenn England nicht daran denke, Frankreich das Ansinnen (!) zu stellen, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu gewähren und, wenn es lediglich den Wunsch habe, die Mitwirkung der Vereinigten Staaten zu erlangen, so falle es der französischen Regierung sehr leicht, sich über diese Idee zu verständigen. Ohne etwas unerhört Neues zu tun, stehe es der Reaprationskommission frei, den offiziösen Delegierten der Vereinigten Staaten um die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen zu bitten, die zusammen mit dem französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen und von Deutschland ein Programm für die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung sowie einen bestimmten Reparationsplan verlangen sollen. Und das alles im Rahmen des Friedensvertrages. Aber Frankreich könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen werde, oder daß man sie durch ein Organ ersetze, in dem Frankreichs Einfluß noch weiter eingeschränkt würde. Die Grenze der französischen Zugeständnisse sei erreicht.

Reichsexekution in Sachsen.

Ausschaltung der sächsischen Regierung.

Der Konflikt zwischen dem Reich und dem Freistaat Sachsen, der in den letzten Tagen zeitweise nahezu beigelegt zu sein schien, hat sich über Sonntag wieder erheblich verschärft. Amtlich wird darüber gemeldet:

Nachdem die der sächsischen Landesregierung angehörenden kommunistischen Mitglieder in Aufrufen an die sächsische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und zur Auflehnung gegen die Reichsgewalt aufgereizt haben, hat der Reichskanzler am Sonnabend den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufgefordert, den Rücktritt der derzeitigen sächsischen Landesregierung herbeizuführen, da die Reichsregierung die gegenwärtige sächsische Regierung nicht mehr als eine Landesregierung im Sinne der Reichsverfassung anerkennt.

Diese Aufforderung ist von Sachsen **mit der Begründung abgelehnt worden, ein politischer Anlaß dazu liege nicht vor, und rechtlich sei das Verlangen nach der Reichsverfassung unzulässig.** Nur der sächsische Landtag sei berechtigt, die Regierung Sachsens abzuberufen. Solange das nicht geschieht, will die sächsische Regierung auf ihrem Posten verharren; sie will aber alsbald im Landtage eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

Dr. Heinze Reichskommissar in Sachsen.

Sofort nach Eintreffen des ablehnenden Bescheides hat der Reichspräsident durch eine Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler hat auf Grund dieser Ermächtigung den früheren Reichsjustizminister Dr. Heinze, Mitglied der Deutschen Volkspartei, der vordem sächsischer Minister war, zum Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellt.

Gleichzeitig hat General Müller, der Militärbefehlshaber in Dresden, die für Dienstag einberufene Sitzung des sächsischen Landtages verboten. Die nächste Sitzung soll durch den neuen Reichskommissar anberaumt werden. Ferner sind sämtliche kommunistischen Zeitungen verboten worden. Dr. Heinze hat seine Tätigkeit in Dresden bereits aufgenommen. Eine Absetzung der sächsischen Landesregierung, zu welcher der Reichskanzler ebenfalls ermächtigt ist, wurde bisher noch nicht ausgesprochen. Zunächst ist die sächsische Regierung nominell noch im Besitz ihrer Aemter geblieben, jedoch ist die gesamte Staatsgewalt effektiv auf den Reichskommissar übergegangen.

Die Veranlassung zu der Reichsexekution.

Der letzte Grund und auch die unmittelbare Veranlassung des energischen Vorgehens der Reichsregierung war ein offizieller Aufruf des kommunistischen Landesvorstandes und der kommunistischen Landtagsfraktion vom letzten Freitag, in dem offen zum bewaffneten Widerstand gegen die Reichsgewalt aufgefordert wurde. Da die beiden kommunistischen Minister Mitglieder des kommunistischen Parteivorstandes sind, sind sie mit verantwortlich für den aufreizenden Aufruf. Auf Grund dieser Tatsache hat die Reichsregierung den Rücktritt des sächsischen Kabinetts gefordert und nach Ablehnung ihrer Forderung die Reichsexekutive in Sachsen angeordnet.

Die „Regierung" in Mainz.

Die Sonderbündler unter dem Schutze der französischen Bajonette.

Trotzdem es zweifelsfrei feststeht, daß die rheinische Bevölkerung fast ausschließlich dem landesverräterischen Treiben der Sonderbündler ablehnend gegenübersteht, suchen die Franzosen um jeden Preis ihren Schützlingen zum Siege zu verhelfen. In zahlreichen rheinischen Städten und Ortschaften sind die Sonderbündler unter dem Schutze der Besatzungstruppen in die Rathäuser und übrigen öffentlichen Gebäude, aus denen sie kurz zuvor von der Bevölkerung hinausgeworfen worden waren, wieder zurückgekehrt. So haben die Separatisten in Mainz mit Hilfe ihrer Gönner das Stadthaus besetzt.

Im Mainzer Schlosse soll die neue „Regierung" der „Rheinischen Republik" ihren Sitz haben. So berichtet das „Echo du Rhin", das gleichzeitig die „Ministerliste" veröffentlicht: Dorten und Matthes als „Bevollmächtigte", v. Metzem als „Außenminister", Dr. Wolterhoff als „Finanzminister", Liebig als „Innenminister", Kremers als „Kultusminister", Mülz als „Verkehrsminister", Kléber als „Justizminister", Simon als „Landwirtschaftsminister" und Guthardt als „Generalkommissar" für die belgische Zone.

Die Verordnungen des Spritschiebers.

In Aachen hat der ehemalige Spritschieber Dekkers die Frechheit so weit getrieben, „Aufrufe" an die Bevölkerung zu erlassen, in denen es etwa heißt:

„Wenn auch noch einige preußische Elemente die Regierungsgewalt zu besitzen vermeinen (!), der Gedanke, für den unsere Väter seit mehr als hundert Jahren gekämpft haben (!), ist verwirklicht worden. Das rheinische Volk muß sich nunmehr zusammenfinden und zum Wohle des neuen Staates mitarbeiten, damit Hunger und Durst der Bevölkerung gestillt werden und allgemeine Zufriedenheit Platz greift (!). Zum Aufbau der Wirtschaft werden in den einzelnen Städten in den nächsten Tagen Wirtschaftsausschüsse zusammenberufen, die zur Beschaffung von Arbeit und Lebensmitteln unmittelbar der Regierung zur Seite stehen sollen. gez. Dekkers"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719231031-15/fragment/page=0005